

GRin. Martina KAUFMANN MSc B.A.

22. Jänner 2015

**A N T R A G**  
**zur**  
**d r i n g l i c h e n B e h a n d l u n g**

Betreff: Gemeinwesenarbeit

Wie im mehrheitlich angenommen Antrag vom 17. Oktober 2014 dargelegt wurde, ist klar, dass Graz sich in den letzten Jahrzehnten stark verändert hat. Viel mehr Menschen kommen in unsere lebenswerte Stadt und lassen sich hier nieder. Darüber hinaus kommen mehr Kinder in unserer Stadt zur Welt und wachsen hier auf. Das Angebot auch in der Freizeit ist um einiges größer geworden, zugleich ziehen sich viele Menschen – die früher in guter Gemeinschaft gelebt haben, immer mehr in die „eigenen vier Wände“ zurück – soziale und gesellschaftliche Isolation sind leider oft die Folge!

Graz hat einen enormen Aufholbedarf im Vergleich zu anderen großen Städten. Hier ist die Gemeinwesenarbeit gefragt, die auf gute Beine gestellt werden muss. Die Gemeinwesen- sowie die Stadteilarbeit betrachtet Menschen als Expertinnen und Experten ihres Lebens.

Wichtig ist hier, dass auch interdisziplinär zusammengearbeitet wird. Eine Vernetzung von beispielsweise Offener Kinder- und Jugendarbeit, Kinder- und Jugendhilfe, Sozialer Arbeit, Bildung, Integration, der Initiative Gesunde Bezirke, Stadtteil- und Bezirksarbeit sowie vieler anderer mehr in der Gemeinwesenarbeit Tätiger mit guten, dem Lebensumfeld entsprechender Konzeptionen sind notwendig, nach denen die Träger beauftragt werden können.

Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

**D r i n g l i c h e n A n t r a g ,**

1. dass die zuständigen Stellen damit beauftragt werden, gemeinsam mit Expertinnen und Experten der Gemeinwesenarbeit entsprechende Konzepte auszuarbeiten und notwendige Vorgaben zu machen, damit im Sinne der Grundsätze Zweckmäßigkeit, Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit die dafür aufgewendeten Mittel auch möglichst nachhaltig verwendet werden und es zu einer interdisziplinären Arbeit, wie im Motivenbericht beschrieben kommen kann.
2. Den Bericht dem Gemeinderat bis März 2015 vorzulegen, der schon im Februar 2014 vorzulegen war, um eine finanzielle Steuerung darüber zu ermöglichen.

